

Gegenstand: Input zur Klima-Strategie

Herr Ritter erläutert [anhand einer umfangreichen Präsentation](#), die dieser Teilniederschrift beiliegt, in einem Input-Referat die Rahmenbedingungen für die Klimaschutzmaßnahmen im Bereich der Stadt Speyer.

Gegenstand: Sachstandsbericht zu Klimaschutzmaßnahmen und offenen Anträgen aus der Sondersitzung Klima 2025

Herr Ritter erläutert [anhand einer Präsentation](#), die dieser Teilniederschrift beiliegt, in einer umfangreichen Berichterstattung den Sachstand in der Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen im Bereich der Stadt Speyer.

In der anschließenden Aussprache thematisiert Frau Dr. Mang-Schäfer die Befragung des Wirtschaftsbarometers, die mangelnden strategischen Umsetzungen dort sowie die genauen Auswirkungen auf den Handlungsplan.

Dies wären alles Themen für das von der Verwaltung vorgeschlagene Format als Workshop mit Diskussion gewesen, was aber keine Mehrheit in den Fraktionen fand, so die Vorsitzende. Herr Ritter erläutert die Entwicklung als dynamisch, was nicht ohne Bürger und Wirtschaft geht.

Frau Dr. Mang-Schäfer vermisst seitens der SWG in der Vorbereitung eine Einschätzung dazu. Herr Ritter verweist auf die CO₂-Bilanz 2020 und die anstehende Fortschreibung dazu. Jede Maßnahme die etwas bringt, ist die wichtigste. Gleiches gilt laut Vorsitzender für den Bereich Versiegelung-Entsiegelung. Frau Dr. Mang-Schäfer greift die Kritik des CO₂-Berichtes auf, wonach auch die entsprechenden Zahlen für das Controlling benötigt werden.

Für die Bereiche Gesundheit, Lärm, Feinstaub, Hitzeschutz muss nach Ansicht von Frau Dr. Montero Muth präventiv die Begrünung durch Straßenbäume in den Fokus gerückt werden, wie von Ufs gefordert. Dazu werden laut Vorsitzender erstmals komplette Daten durch den Digitalen Zwilling zur Verfügung stehen. Dessen Vorstellung wird in Kürze noch bekanntgegeben.

Im Referat wurde das Pariser Klimaabkommen erwähnt, so Frau Wolf. Dessen Worst-Case-Szenario wurde bereits zurückgenommen von 4,8 auf 3,5 Grad bei der Erderwärmung bis 2100. Die Erde unterliegt schon immer natürlichen Klimaschwankungen; durch den Menschen verursachter Klimawandel wird durch die AfD in Frage gestellt. 2021 ist die OB dem Verbund „Cities Raise to Zero“ ohne Mandat beigetreten, der sehr wohl verbindliche Vorgaben macht. Unser Klimaschutz findet auf Kosten der Natur in anderen Ländern statt. Sie kritisiert unmenschliche und umweltzerstörende Abbautechniken in den Herkunftsländern, die großflächige Abholzung von Balser-Holz und den Einsatz des Treibhausgases SF₆ in Windkraftanlagen; alles Umweltzerstörung für Klimaneutralität auf Basis von Prognosen. CO₂ folgt dem Klimawandel, nicht umgekehrt. CO₂ ist auf diesem Planeten lebenswichtig.

Die Vorsitzende stellt klar, Menschen betreiben Raubbau an der Natur. Und dieser Raubbau treibt den Klimawandel voran. Mit dem Protokoll können gerne noch wissenschaftliche Daten übermittelt werden.

Herr Ritter erläutert, die Überschreitung gewisser Tipping-Punkte hat irreversiblen Folgen, außer die Menschheit stirbt aus, dann beruhigt sich die Situation wieder. Weitere Fakten werden dem Protokoll beifügt.

Regenwälder werden abgeholzt, fossile Brennstoffe verfeuert, so Herr C. Ableiter für die FWS. Bisher führten natürliche Klimachanger wie Vulkanausbrüche oder Meteoreinschläge zu Massenaussterben. Die Klimaveränderung hat Auswirkungen auf die bewohnbaren Zonen der Erde. Natürlich rettet Speyer nicht das Weltklima, leistet aber auch nicht seine lokalen Verpflichtungen zum Klimaschutz. Bisher ist nach seiner Auffassung nichts erreicht worden. Es gibt viele symbolische Dinge, aber greifbare Zahlen fehlen. Allen Beteuerungen zum Trotz gibt es frisch geschotterte Verkehrsinseln in der Austraße. Die Vorsitzende rät dazu, zu warten, bis die Pflanzen dort angewachsen sind.

Herr Gottwald beantragt für die SPD, im nächsten Ältestenrat über die Formate dieser Sondersitzung zu sprechen. Er wünscht sich gezielte Detailinformationen durch die Stadt, statt zig allgemeinen politischen Anträgen und Anfragen.

Auch die Grünen hätten sich laut Herrn Utz über Zahlen gefreut. Man sieht die Stadt aber grundsätzlich auf dem richtigen Weg, ebenso die Stadtwerke. Die Klimakatastrophenleugner fragt er, ob deren Kaffee in der Mikrowelle durch Magie warm wird?

Herr Haupt ist nicht verwundert, wenn Industriezweige wegen der Energie-Preistreiberei abwandern. Die halbe Welt produziert für den Krieg und treibt damit die Preise in die Höhe. Dies sei der Gipfel an Bigotterie und Doppelmoral.

Herr Hopp ist als Pragmatiker ein Freund der 20:80-Regel; 20 % Einsatz – 80 % Erfolg. Er fordert daher klare Vorlagen der Verwaltung, welchen Erfolg erreichen wir mit welchem Einsatz, monetär wie politisch gegenüber dem Bürger.

Frau Keller-Mehlem sieht unterschiedliche Erwartungshaltungen. In Form eines Worldcafés wären diese sicherlich erfüllbarer. Notwendig sei ein Schulterschluss zwischen Stadt und Bürgerschaft sowie ein querschnittsübergreifendes Zuarbeiten.

Für Frau Hofmann hingegen war die Präsentation nur ein Überblick; ein Workshop-Format ohne ausreichende fachliche Vorbereitung hält die FDP für wenig sinnvoll. Der Klimaschutz steht aktuell im Feuer, weil er für den Wegfall von Arbeitsplätzen verantwortlich gemacht wird. Man könne das gerne im Ältestenrat nochmal besprechen. Die Vorsitzende hinterfragt, was die Erwartungshaltung dort sein sollte. Die Vorgänge um Mann + Hummel bzw. TE stehen in keinem Zusammenhang mit Klimaschutzauflagen, wie von verschiedenen Seiten populistisch behauptet; die Firmenleitungen haben ganz andere Gründe genannt.

Für die Linke sind laut Herrn Popescu jetzt genau die Befürchtungen eingetreten, die er in einem Worldcafé-Format erwartet hätte; man verliert sich in klein-klein. Dabei steht bei den Speyerer Abwanderbetrieben ganz eindeutig nur Gewinnmaximierung gegen Lohnkosten. Der Vortrag der AfD von vorhin zeigt deutlich, dass deren populistische Klimaanträge im vergangenen Jahr nicht ernst gemeint waren, weshalb sie auch von der Mehrheit abgelehnt wurden.

**Gegenstand: Digitaler Zwilling –
aktueller Stand und mögliche Auswirkungen auf Handeln / Umsetzung**

Die Vorsitzende informiert eingangs darüber, dass der Digitale Zwilling am 3. September 2026 um 18 Uhr dem Stadtrat im Stadtratssitzungssaal formell vorgestellt wird; am 5. September findet im Media:Tor eine Präsentation für die Bevölkerung statt.

Herr Freitag (Stadtentwicklung und strategische Planung) [verdeutlicht in einer Präsentation](#), die dieser Teilniederschrift beiliegt, die Entstehung und Arbeitsweise des Digitalen Zwillings.

Er betont, dass keine Verarbeitung oder ein Export von personenbezogenen Daten stattfindet. Sehr hilfreich sei die Modellierung in der Visualisierung von Bauvorhaben oder Bebauungsplänen u.ä.; die Zusammenarbeit mit dem Forschungsprojekt des DWD (EDiT Cities) sei tatsächlich einmalig in der Welt. Damit ist eine Überführung von Daten in Großrechnerdaten des Formats PALM4U möglich.

Anhand einiger lokaler Beispiele wird dies visualisiert.

Herr Nolasco ergänzt den Nutzen für das Projekt Fördergebiet Mitte; es gibt auch das Angebot weiterer Forschungsarbeiten mit dem Speyerer Modell.

Frau Dr. Montero Muth gibt zu bedenken, dass Baumneuanpflanzungen 10-20 Jahre brauchen, um echte Wirksamkeit zu entwickeln. Sie möchte wissen, mit welchen Werten oder Vergleichsdatenbanken gerechnet wird.

Nach Ansicht von Herrn C. Ableiter müsste die Verwaltung bereits ein Baumkataster haben. Nach seiner Auffassung würden auf dem Königsplatz große Bäume auch ohne Berechnung zu Erfolgen führen; wichtiger sei es, abgestorbene Pflanzinseln erneuern, die 2. Baumreihe am Sankt-Guido-Stiftsplatz wiederherzustellen oder die Begrünung der Fischmarkttiefgarage. Es sei ja schön, dass man etwas simulieren kann, wichtiger sei es aber, etwas zu machen. Andere Städte geben an ihre Bürgerinnen und Bürger Empfehlungen für Garten- oder Fassadengestaltung, keine Verbote. Speyer macht das nicht.

Die Vorsitzende erinnert daran, dass bereits Benachrichtigungen verschickt wurden, wonach am 5. Juli die Bepflanzung des Sankt-Guido-Stiftsplatzes beginnt; gleiches gilt für das Kaiserdom-gymnasium. Bisher gibt es nur ein analoges Baumkataster; das digitale erfasst künftig alle Werte, einschließlich Kronenhöhe und -breite etc.

Herr Hopp möchte wissen, ob damit auch innerstädtische Strömungsberechnungen möglich sind und das mit anderen Modellen kombinierbar ist. Beides wird durch Herrn Freitag bejaht.

Frau Dreyer schlägt vor, eine Kachel mit der Ableiter'schen Sicht der Dinge einzufügen; das würde Zeit sparen. Sie fordert, Wahlkampf und pseudowissenschaftliche Diskussionen bitte draußen zu lassen.

Frau Dr. Mang-Schäfer thematisiert die Dauer der Modellberechnungen. PALM4U ist nach Ansicht von Herrn Freitag der Goldstandard, dauert in der Verarbeitung aber wegen der Datenmenge aber sehr lange. Ein KI-Modell mit der TU München (KIBUZ-Verfahren) soll schnell Varianten ermitteln, die man dann intensiver nachrechnen kann.

Frau Dr. Mang-Schäfer möchte weiterhin wissen, welche Sensoren eingesetzt werden. Es werden laut Herrn Freitag eine Reihe von Messdaten nach Luftreinhalterichtlinie erhoben. Die Aufstellung der Sensoren ist eine Wissenschaft für sich, um repräsentative Messwerte zu erhalten. Eingesetzt werden u.a. Oberflächen- und Wasserstandssensoren sowie Verkehrszähler. Herr Nolasco ergänzt, Speyer ist damit Referenzkommune. Die Ergebnisse sind sehr hilfreich für die Beschleunigung von Entscheidungsprozessen, insbesondere auch für den Hochwasserschutz.

Herr F. Ableiter fragt nochmals nach, ob Frischluftschneisen in den Modellen simulierbar sind. Auch die Simulation von Baumgießaktionen, die Darstellung der extremen Feinstaubbelastung der Messstation SP-Nord und die Ausbreitung der Emissionen der Rheinschifffahrt werden hinterfragt.

Herr Freitag weist auf die geringen Luftströmungen in der Region hin. Sichtbare Visualisierungen sind für alle angefragten Bereiche möglich, auch ein Emissionskataster für die Rheinschifffahrt.

Frau Dr. Montero Muth erkundigt sich nach Oberflächentemperatursensoren. Zum Schutz vulnerabler Gruppen fordert sie eine Zusammenarbeit mit Umweltmediziner*innen. Laut Verwaltung befinden sich solche Sensoren am Domplatz und am Postplatz; ICD10-Werte sind zumindest von einem Krankenhaus schon vorhanden, allerdings sind momentan keine personellen Kapazitäten zur Auswertung vorhanden. Frau Dr. Montero Muth kann laut Vorsitzender auch in den direkten bilateralen Kontakt mit dem Kommunalen Gesundheitskoordinator treten.

Gegenstand: Stadtbäume;
Anfrage der UfS-Stadtratsfraktion vom 30.05.2026
Vorlage: 0783/2026

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

In der Begründung verweist Frau Dr. Montero Muth auf den bestehenden Ratsbeschluss. Allerdings seien bisher keine erkennbaren Baumanpflanzungen erfolgt, begründet mit mangelndem Wurzelraum. [Anhand einer Reihe von Bildern](#) zeigt sie Beispiele sog. „Dekobäume“ im Stadtgebiet, die keine besondere Schattenwirkung entfalten. Als positives Beispiel nennt sie die Gestaltung der Diakonissenstraße.

Herr Nolasco (Fachbereichsleitung 5) beantwortet die Anfrage:

zu Frage 1) *In welchen Straßenbaumaßnahmen (Instandsetzungen, Verlegungen von Fernwärme, Tiefbauprojekten etc.) wurden seit der Antragstellung neue Straßenbäumen [gepflanzt] oder anderweitige Beschattungsmaßnahmen vorgenommen?*

Bei Instandhaltungsmaßnahmen wird grundsätzlich nur die oberste Schicht des Straßenoberbaus erneuert. Um einen Baum pflanzen zu können, muss jedoch der komplette Straßenoberbau ausgebaut und durch einen durchwurzelbaren Boden ersetzt werden. Entsprechend werden im Rahmen des Straßenunterhalts keine Baumpflanzungen vorgenommen.

Für die Verlegung von Leitungen wird nur der Bereich der Straße geöffnet, der für den Leitungsgraben erforderlich ist. Da oberhalb von Leitungen keine Bäume stehen dürfen, werden bei Leitungsverlegungen ebenfalls keine Bäume gepflanzt.

Bei Straßenbaumaßnahmen, die über Instandhaltung hinausgehen, wie z.B. beim Ausbau der Kreuzung Bahnhofstraße / Waldstraße / Zufahrt Parkhaus, wird geprüft, ob eine Entsiegelung inkl. Baumneupflanzungen möglich ist. So werden an der Zufahrt zum Parkhaus zwei Bäume inkl. Unterpflanzung neu gepflanzt.

zu Frage 2) *Die Erneuerung der Landauer Straße wurde seitens der Stadt bereits angekündigt, welche Begrünungsmaßnahmen sind für diese Straße vorgesehen?*

Im Zuge der Planung wird geprüft, an welchen Stellen eine Baumpflanzung oder die Anlage eines Pflanzbeets möglich ist. Da mit der Planung derzeit erst begonnen wurde, kann noch keine Aussage zu möglichen Baumstandorten getroffen werden. Die Verwaltung plant für den Herbst 2026 eine Klausur zum Thema „Straßenbau“ u. a. mit den Konzepten zur Landauer Straße.

zu Frage 3) *In welchen Straßen werden Begrünungsmaßnahmen noch geplant? Gibt es ein Gesamtkonzept?*

Es gibt kein Gesamtkonzept.

In der Stübergasse / Halbes Dach werden Pflanzbeete zur Entsiegelung und Versickerung von Regenwasser gebaut. In der St.-German-Straße wird die Grünfläche gegenüber der Tankstelle vergrößert. Auch bei anderen Vollausbauprojekten wird – wie in der Landauer Straße – geprüft, welche Bereiche als mögliche Baumstandorte in Frage kommen.

Neben den genannten Projekten betreut das Sachgebiet 542 „Ausbau und Bauwerke“ weitere Planungen, unter anderem in der Salier- und Friedensstraße sowie der Fuchsweiherstraße. Neben der Suche nach möglichen Baumstandorten wird auch die Errichtung von Pflanzbeeten in Betracht gezogen. Wie in der Stübergasse kann dadurch die Straße entsiegelt werden, und Oberflächenwasser kann versickern.

zu Frage 4) Häufige Begründung warum Straßenbäumen nicht angepflanzt werden können, sind die engen Verhältnissen durch Rohre/ Leitungen. In anderen Städten mit Hochhäusern und in engen Straßen mit geringer Einpflanztiefe sind Straßenbäume vorhanden. Dabei werden diverse etablierte Standardtechniken erfolgreich angewandt, z.B. Aufbau Schwammstadt-Prinzip Unterbau für durchwurzelfähiges, befahrbares Substrat, Stockholmer Prinzip bei geringer Einpflanztiefe! Wurzelbrücken/ Wurzelkanäle, Hochbeetbaumscheiben, Wurzelkammersysteme etc. Welche modernen Techniken werden in Speyer angewandt in engen Straßen und hoher Leitungsdichte?

In engen Straßen verlaufen die unterirdischen Ver- und Entsorgungsleitungen und –kanäle auf der gesamten Breite. Dabei handelt es sich häufig um Wasser-, Abwasser-, Strom- und Gasleitungen, die die Gebäude und Anwohner mit der notwendigen Infrastruktur versorgen. Die in dieser Frage aufgezählten Prinzipien und Techniken verbessern den unterirdischen Lebensraum der Bäume in einem nicht natürlichen Umfeld und stellen deren nachhaltige und langfristige Entwicklung sicher. Diese Techniken verhindern jedoch nicht das Umschlingen der Wurzeln um naheliegende Leitungen und das Einwachsen in die Kanäle. Um in engen Straßen mit hoher Leitungsdichte Baumpflanzungen vornehmen zu können, müssten die Leitungen und Kanäle in die Mitte der Straße umgelegt und zusammengefasst werden, um randlich entlang der Gehwege oder Häuserfassaden Baumneupflanzungen realisieren zu können. Dies würde erhebliche Umbaumaßnahmen im gesamten Straßenraum nach sich ziehen. Von daher wurde bisher in engen Straßen mit hoher Leitungsdichte keine dieser Techniken angewandt. In der Mörschgasse z.B. wird aus diesem Grund von Baumnachpflanzungen abgesehen und stattdessen Sträucher gepflanzt.

Am häufigsten kommt ein Wurzelvlies zum Einsatz, um zu verhindern, dass Wurzeln in Leitungen hineinwachsen und diese beschädigen.

zu Frage 5) Welche Technik wurde aus welchen Gründen verworfen?

Bisher wurde keine Technik explizit verworfen.

zu Frage 6) Welche konkreten technischen Hindernisse verhindern die Baumpflanzungen und welche Alternativtechniken wurden geprüft, um diese Hindernisse zu lösen?

Wurzeln können an den unterirdischen Infrastruktur Beschädigen erzeugen. Insbesondere an den Übergängen zwischen den einzelnen Rohrstücken oder an Muffen können Wurzeln in die Leitungen eindringen und zu einer Undichtigkeit führen. Das austretende Wasser spült den Boden aus und verursacht dadurch einen Straßeneinbruch. Wenn Abwasserleitungen betroffen sind, wird der Boden zusätzlich kontaminiert.

Bei Abwasserleitungen können Wurzeln, die in die Leitung hineinwachsen, dazu führen, dass Feststoffe hängen bleiben und die Leitung verstopft.

Durch den Fernwärmeausbau und den Ausbau der Stromleitungen aufgrund der steigenden Anzahl an Wallboxen und Wärmepumpen wird das Platzangebot im Boden weiter verringert.

Wenn sich ein Baum oberhalb von Leitungen befindet und an diesen Leitungen Schäden auftreten, muss der Baum zur Schadensbehebung an der Leitung gefällt werden, auch innerhalb der Vegetationszeit.

Auch wenn sich die Leitung nicht im unmittelbaren Umfeld des Stammes befindet, sondern „nur“ im Wurzelbereich (= Kronenbereich) einschließlich des 1,5 m breiten Schutzbereichs, sind die Leitungen schwer erreichbar. Um dennoch notwendige Reparaturen vornehmen zu können, müssen die Gräben mit einem Saugbagger hergestellt werden. Ein Saugbagger ist die teuerste Möglichkeit, eine Baugrube bzw. einen Leitungsgraben herzustellen.

Es gibt keine technische Möglichkeit, die es ermöglicht, Bäume oberhalb von Leitungen zu pflanzen. Bei Neupflanzungen wird auf einen ausreichenden Abstand zu Leitungen geachtet, und bestehende Leitungen werden durch ein Wurzelvlies geschützt.

zu Frage 7) Viele Experten für Stadtbäume zeigen auf, dass Stadtbäume durch die bereits etablierten Standardkonzepte für Einpflanzungen überall gesetzt werden können. [...] Warum geht es in Speyer nicht? Gibt es behebbare strukturelle Probleme?

Nicht nur überirdisch sind die Straßen in Speyer meist sehr eng. Auch unterirdisch ist wenig Platz – durch größere Transportleitungen und die kleineren Leitungen für die Ver- und Entsorgung der einzelnen Haushalte. Selbst wenn im Untergrund ausreichend Platz für die Wurzeln vorhanden wäre, muss im Straßenraum genügend Platz bestehen. Neben mehr Grün soll auch der Radverkehr gefördert werden, und ein ausreichend breiter Gehweg muss vorhanden sein. Gleichzeitig sollen so gut wie keine Parkplätze entfallen.

Die unterschiedlichen Nutzungsansprüche aller Verkehrsteilnehmer sowie die Notwendigkeit, die Leitungsinfrastruktur vor Schäden zu schützen, führen dazu, dass Kompromisse eingegangen werden müssen.

zu Frage 8) Die Stadt Neustadt hat 1,2 Mio. € für Stadtbegrünung über Fördermittel (Kipki) akquiriert. Wieviel hat Speyer für die Stadtbegrünung (außerhalb der Fördermittel für die Umgestaltung von Plätzen) beantragt und erhalten?

Die Stadt Speyer hat ebenfalls Mittel aus dem Förderprogramm KIPKI beantragt und erhalten. Mit der Genehmigung konnten 100.000 € für die Entsiegelung und Bepflanzung in der Austraße und in der Lindenstraße verwendet werden.

Für die bereichsweise Entsiegelung und Pflanzung von Bäumen auf dem Berliner Platz konnten über das KfW Programm „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ Fördermittel in Höhe von 80 % generiert werden.

In der Nachfrage erkundigt sich Frau Dr. Montero Muth nach externem Sachverstand; andere Städte hätten die Bedürfnisse nach Hitzereduktion auch. Die Vorsitzende verweist auf die Prioritätensetzung der Baulasträger bei der Instandsetzung. Solche Baumpflanzungen in bestehenden Straßen sind finanziell eine Investitionsmaßnahme der Stadt. Entsprechende Beschlüsse hätten im Worldcafé erarbeitet werden können.

Gegenstand: **Klimaschutzmanagement;**
 Antrag der Stadtratsfraktion Die Linke vom 27.05.2026
 Vorlage: 0787/2026

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die mündliche Begründung erfolgt durch Herrn Popescu.

Herr C. Ableiter stellt seitens der FWS fest, dass eine Beigeordnete, die den Grünen angehört, von einer Mehrheit im Rat gewählt wurde. Gefasste Beschlüsse werden einfach nicht umgesetzt. Er hätte erwartet, dass die Stadt Speyer den Aufträgen des Rats mit maximalem Nachdruck Folge leistet. Die Stadt Neustadt konnte für 1,2 Mio. € Bäume mit Geldern vom Land pflanzen. Er fragt sich, ob die Speyerer Verwaltung einfach die Arbeit gescheut hat. Er hinterfragt auch die Zusammenarbeit von Bau- und Umweltdezernentin. In der Erwiderung teilt die Vorsitzende mit, dass in Speyer insgesamt 2,2 Mio. € aus KIPKI abgerufen wurden, allerdings mit einer anderen Schwerpunktsetzung auf Beschluss des Stadtrates.

Klimaschutz muss nach Ansicht von Frau Holzhäuser bei allen wichtigen Entscheidungen berücksichtigt werden. Aus Sicht der CDU ist die Aufgabe nicht einem bestimmten Fachbereich zuzuordnen, sondern muss übergreifend koordiniert werden. Eine bloße Verlagerung schafft keine Effekte. Die Vorsitzende sieht keinen Zusammenhang mit dem Stadtvorstand und kritisiert Wahlkampfeinflüsse.

Die Grünen sehen durch Frau Dreyer einen Einsatz im FB 5 wegen besserer Synergien als positiv und stimmen dem Antrag zu. Die Verwaltung sollte organisatorisch prüfen, wie eine bessere Einbindung erfolgen kann.

Auch die SPD unterstützt durch Herrn Gottwald eine organisatorische Umstrukturierung.

Frau Dr. Mang-Schäfer versteht zwar den Hintergrund des Antrags, da es aber kein Prüfantrag ist, sondern unmittelbar eine Verschiebung zur Folge hat, kann die SWG dem so nicht zustimmen.

Nach Auffassung der AfD und Herrn Haupt hat das sehr wohl etwas mit dem Stadtvorstand zu tun. Die Ergebnisse sprechen für sich, es hat sich nichts getan. Der Posten des Klimaschutzmanagements ist vielmehr ein Versorgungsposten, den der Steuerzahler subventionieren muss. Dies führt zu einer scharfen Rüge der Vorsitzenden; eine Diffamierung von Verwaltungsmitarbeitern wird nicht geduldet.

Frau Keller-Mehlem weist darauf hin, dass eine Reihe von Vorschlägen durch Prof. Schellenhuber zur CO₂-Einsparung bereits in Strukturen in Gestalt des ASBV übernommen wurden, weshalb UfS die Veränderung befürwortet.

Frau Hofmann plädiert dafür, den Klimaschutz stärker in den Fokus zu nehmen. Die FDP beantragt, zunächst einen Prüfantrag daraus zu machen und danach zu fragen, wie sich der Mitarbeiter selbst dabei fühlt. Möglicherweise sollte man doch eine eigene Stabsstelle daraus machen. Deshalb möchte sie Punkt 1 und 2 in den HSDA verweisen.

Die Linke hat sich das laut Herrn Popescu selbstverständlich sehr wohl überlegt und bewusst keinen Prüfantrag daraus gemacht. Die Frage der eigenen Stabsstelle sollte man nach der OB-Wahl klären.

Der Änderungs- und Verweisungsantrag der FDP wird anschließend mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (mit 18 Ja-Stimmen und 15 Gegenstimmen):

1. Das Klimaschutzmanagement der Stadt Speyer wird organisatorisch vom Fachbereich 2 (Sicherheit, Ordnung, Umwelt, Verkehr) in den Fachbereich 5 (Stadtentwicklung und Bauwesen) verlagert.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Klimaschutzmanagement verbindlich in die Bereiche Stadtentwicklung, Verkehrsplanung sowie die Abteilung „strategische Stadtplanung und Zukunftsfragen“ im Fachbereich 5 zu integrieren.
3. Die fachübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung bleibt gewährleistet. Insbesondere ist eine strukturierte und frühzeitige Beteiligung in allen relevanten Ausschüssen sicherzustellen, einschließlich des ASBV.

Gegenstand: **Ökologisches klimaangepasstes Grünflächenmanagement;**
 Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.06.2026
 Vorlage: 0788/2026

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

In der Begründung nimmt Frau Moser Bezug auf den Stadtratsbeschluss von 2025 und fragt für die Grünen zum Sachstand der Umsetzung. Kritisiert wird, dass immer noch Wechselblumen-Bepflanzungen in öffentlichen Grünanlagen zu finden sind. Vieles ist zwar schon passiert, aber eher auf Eigeninitiative.

Die Beantwortung erfolgt durch Frau Gehrlein (Nachhaltigkeitsmanagement) und Frau Wienen (Grünflächenplanung).

zu Frage 1) Welche Maßnahmen wurden seit dem Beschluss bereits umgesetzt?

Die Stadt Speyer hat sich erfolgreich um die Teilnahme am Label „StadtGrün naturnah“ durch das Nachhaltigkeitsmanagement und die Grünflächenplanung beworben. Das Ziel der Bewerbung ist, den Bestand der Grünflächen aufzunehmen und ein Maßnahmenkonzept zu entwickeln. Bei der Bestandsaufnahme als auch bei dem Maßnahmenkonzept wird der Digitale Zwillings zum Einsatz kommen. Für das Labeling-Verfahren konnten Fördermittel über das KfW-Programm 444 Natürlicher Klimaschutz in Kommunen akquiriert werden. .

Erste Maßnahmen konnten am Rauschenden Wasser umgesetzt werden. Neben der Pflanzung von einheimischen Baum- und Straucharten und dem Aufbau einer Trockenmauer wurde eine gebietsheimische Saatgutmischung mit 100 % Blumen eingesät. An dem Regionaltag des Naturgarten e.V. am 19.05.2026 konnten mit den Dozenten und Teilnehmern wertvolle Erfahrungen zu Einsäen und Pflegemaßnahmen ausgetauscht werden.

Es ist vorgesehen den Blühstreifen an der Rheinallee und gegenüber vom Technikmuseum auch mit einer einheimischen mehrjährigen Saatgutmischung einzusäen.

zu Frage 2) Welche Maßnahmen befinden sich derzeit in Planung oder Vorbereitung?

Am Rauschenden Wasser ist es vorgesehen im östlichen Rasenbereich eine Teilfläche in eine Wiese umzuwandeln. Nach mind. zweimaligen Fräsen innerhalb des Sommers wird im September eine einheimische mehrjährige Blumenwiese angesät.

Im Bereich des Straßenbegleitgrüns wird in der Nonnenbachstraße und in der Straße Am Wasserturm Kräuterrasen und Wiesensaatgut eingebracht.

zu Frage 3) Gibt es bereits erste Erfahrungen, Ergebnisse oder Erkenntnisse aus der Umsetzung?

Bei dem Regionaltag des Naturgarten e.V. konnten wertvolle Informationen über die Wiesenpflege aufgenommen werden, die direkt an der Wiese am Rauschenden Wasser angewendet werden können. Eine weitere Erkenntnis ist, dass die Entwicklung einer artenreichen Wiese Fachwissen, entsprechende Mähgeräte, Geduld und Zeit benötigt.

zu Frage 4) Welcher weitere Zeitplan ist für die Umsetzung der noch ausstehenden Maßnahmen vorgesehen?

Der Zeitplan zum Erreichen des Labels „StadtGrün naturnah“ sieht wie folgt aus:

bis 31.08.2026 Bestandsaufnahme

bis 15.06.2027 VorOrt-Termin mit Kommbio in Speyer

bis 15.07.2027 Maßnahmenplanung einreichen
bis 30.09.2027 Label-Verleihung

Das weitere Maßnahmenkonzept wird im Bearbeitungsprozess „StadtGrün naturnah“ im Rahmen einer lokalen Arbeitsgruppe bis zum 15.07.2027 erarbeitet

In der Nachfrage möchte Frau Moser wissen, ob zur Aufklärung eine weitere Beschilderung vorgesehen ist, um Verständnis zu schaffen. Laut Verwaltung ist das z.B. Am Rauschenden Wasser bereits erfolgt.

Gegenstand: **Format der Klimaschutz-Sondersitzung des Stadtrates;**
 Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.06.2026
 Vorlage: 0789/2026

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Frau Dreyer hätte sich mehr Mut bei der Entscheidungsfindung gewünscht. Kritisiert wird die knappe Frist zur Stellungnahme. Es sei wichtig, einen Input für die Sitzung zu geben. Klimaschutz ist wichtig, ohne „aber“.

Die Beantwortung erfolgt durch die Vorsitzende.

zu Frage 1) *Aus welchen Gründen hat die Verwaltung bei einem ausgeglichenen Meinungsbild von vier zu vier Fraktionen nicht die Initiative ergriffen und das vorgeschlagene World-Café-Format dennoch testweise durchgeführt?*

Die Verwaltung hat die Rückmeldungen der Fraktionen ausgewertet und festgestellt, dass sich kein eindeutiges Meinungsbild für eine Änderung des bisherigen Formats ergeben hat. Da jeweils vier Fraktionen für bzw. gegen das vorgeschlagene World-Café-Format votierten, wurde entschieden, die diesjährige Sitzung im bewährten Format durchzuführen.

Ein Beteiligungsformat wie ein World Café ist auf die aktive Mitwirkung und Akzeptanz der Teilnehmenden angewiesen. Angesichts der geteilten Rückmeldungen bestanden Zweifel, ob die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Durchführung und die Erreichung der angestrebten Ziele gegeben gewesen wären.

zu Frage 2) *Welche konkreten Bedenken wurden von den Fraktionen vorgebracht, die sich gegen das neue Format ausgesprochen haben?*

Überwiegend wurde von den Fraktionen, die sich gegen das vorgeschlagene Format ausgesprochen haben, der Wunsch geäußert, am bisherigen Sitzungsformat festzuhalten.

zu Frage 3) *Welche Fraktion hat auf die Anfrage der Verwaltung keine Rückmeldung gegeben?*

Die Stadtratsfraktion der AfD hat keine Rückmeldung gegeben.

zu Frage 4) *Warum wurde die Pattsituation nicht als Chance verstanden, mutig neue Wege zu beschreiten und das vorgeschlagene World-Café-Format versuchsweise durchzuführen, sondern stattdessen als Begründung dafür genutzt, am bisherigen Format festzuhalten?*

Die Verwaltung hat die Pattsituation nicht als ausreichende Grundlage für eine Änderung des Formats bewertet. Die Rückmeldungen zeigten, dass keine mehrheitliche Unterstützung für das vorgeschlagene World-Café-Format bestand. Da ein solches Beteiligungsformat auf die aktive Mitwirkung und Akzeptanz der Teilnehmenden angewiesen ist, wurde die gleichmäßige Verteilung der Rückmeldungen nicht als Grundlage für einen Formatwechsel angesehen. Daher wurde entschieden, die Sitzung im bisherigen Format durchzuführen.

zu Frage 5) *Hat die Verwaltung geprüft, ob das World-Café-Format stattdessen als Pilotprojekt mit anschließender Evaluation hätte durchgeführt werden können? Wenn nein, warum nicht?*

Die Möglichkeit einer Durchführung als Pilotprojekt wurde im Rahmen der Überlegungen bedacht, aber auch ein Pilotprojekt wäre jedoch auf die aktive Mitwirkung und Akzeptanz der

Fraktionen angewiesen gewesen. Vor dem Hintergrund des ausgeglichenen Meinungsbildes wurde davon ausgegangen, dass die Voraussetzungen für einen aussagekräftigen Praxistest nicht in ausreichendem Maße gegeben waren.

zu Frage 6) *Welche fachlichen oder organisatorischen Gründe sprachen aus Sicht der Verwaltung gegen die Durchführung des vorgeschlagenen Formats?*

Gegen das vorgeschlagene Format bestanden aus Sicht der Verwaltung keine grundsätzlichen fachlichen Bedenken. Organisatorisch war jedoch zu berücksichtigen, dass dialogorientierte Formate wie ein World Café wesentlich von der aktiven Beteiligung und Akzeptanz der Teilnehmenden abhängen. Bei einem im Vorfeld erkennbar geteilten Meinungsbild bestanden Zweifel, ob die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Durchführung gegeben gewesen wären.

zu Frage 7) *Welche Ziele verfolgte die Verwaltung mit dem Vorschlag eines World-Cafés und weshalb wurden diese Ziele letztlich hinter die Beibehaltung des bisherigen Formats zurückgestellt?*

Mit dem Vorschlag eines World Cafés verfolgte die Verwaltung das Ziel, den Austausch zu strategischen Fragestellungen des Klimaschutzes zu intensivieren und einen offenen Dialog zwischen Politik, Verwaltung und gegebenenfalls weiteren Akteuren zu ermöglichen.

Stadtratssitzungen sind ein formelles, beschlussorientiertes Format. Der Klimaschutz hingegen ist als komplexe, dynamische und langfristige Querschnittsaufgabe auf Austausch, Beteiligung und gemeinsame Willensbildung angewiesen. Das Format eines World Cafés bietet hierfür besondere Möglichkeiten.

Aufgrund des geteilten Meinungsbildes der Fraktionen wurde jedoch entschieden, für die diesjährige Sitzung am bisherigen Format festzuhalten.

zu Frage 8) *Teilt die Verwaltung die Einschätzung, dass das bisherige Format der Klimaschutz-Sondersitzung in den vergangenen Jahren häufig durch die Abarbeitung offener Anfragengeprägt war und dadurch nur begrenzten Raum für strategische Debatten und neue Impulse bot?*

Die Verwaltung teilt die Einschätzung, dass die bisherigen Klimaschutz-Sondersitzungen in erheblichem Umfang durch die Behandlung von Anfragen und Berichten geprägt waren. Dadurch standen strategische Diskussionen und die gemeinsame Entwicklung neuer Impulse nicht immer im Mittelpunkt der Sitzungen.

Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltung die Durchführung eines World-Café-Formats als Option vorgeschlagen, um einen stärker dialogorientierten Austausch zu ermöglichen.

zu Frage 9) *Wie bewertet die Verwaltung die Gefahr, dass die jährliche Klimaschutzsitzung ohne neue Beteiligungs- und Diskussionsformate an Attraktivität und Wirksamkeit verliert?*

Die Verwaltung sieht grundsätzlich die Notwendigkeit, Formate regelmäßig auf ihre Wirksamkeit und Zielerreichung hin zu überprüfen. Aus Sicht des Klimaschutzmanagements besteht die Einschätzung, dass die Klimaschutz-Sondersitzung in ihrer bisherigen Ausgestaltung nur begrenzte Möglichkeiten für einen vertieften strategischen Austausch bietet und damit Potenziale für zusätzliche Impulse nicht vollständig ausschöpft. Ein unverändertes Fortführen des bisherigen Formats wird nach dieser Einschätzung voraussichtlich nicht dazu beitragen, diese Potenziale weiterzuentwickeln.

zu Frage 10) Welche konkreten Schritte plant die Verwaltung, um für die kommenden Klimaschutz-Sondersitzungen innovative und interaktive Formate zu entwickeln und deren Umsetzung sicherzustellen?

Die Verwaltung hat im Vorfeld der diesjährigen Klimaschutz- Sondersitzung ein Konzept für ein World-Café-Format entwickelt und in die Abstimmung eingebracht. Ziel dieses Vorschlags war es, den Austausch zu strategischen Fragestellungen stärker dialogorientiert zu gestalten.

Das vorgeschlagene Konzept wurde im Rahmen der Rückmeldungen der Fraktionen unterschiedlich bewertet und hat keine einheitliche Zustimmung gefunden.

Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung prüfen, in welcher Form das bestehende Konzept weiterentwickelt oder angepasst erneut zur Diskussion gestellt werden kann. Dabei können sowohl Elemente des World-Café-Ansatzes als auch ergänzende dialogorientierte Formate berücksichtigt werden.

zu Frage 11) Wird die Verwaltung dem Stadtrat für die nächste KlimaschutzSondersitzung erneut alternative Formate zur Entscheidung vorlegen? Falls ja, welche?

Ja. Die Verwaltung wird dem Stadtrat mit mehr Vorlaufzeit erneut ein Konzept für die Durchführung der Klimaschutz-Sondersitzung vorlegen. Dabei kann es sich um eine Weiterentwicklung des bereits eingebrachten World-Café-Konzepts oder um eine angepasste Ausgestaltung einzelner dialogorientierter Elemente handeln. Die Verwaltung wird weiterhin für die Erprobung stärker dialog- und beteiligungsorientierter Formate werben und hierzu das Gespräch mit den Fraktionen suchen. Ziel ist es, die Durchführung der Klimaschutz-Sondersitzung außerhalb des klassischen Stadtratssitzungsformats zu ermöglichen und dadurch zusätzliche Räume für strategische Diskussionen und gemeinsame Lösungsentwicklung zu schaffen.

Gegenstand: **Umsetzung der kurzfristigen Maßnahmen der Klima-Strategie;**
 Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.06.2026
 Vorlage: 0790/2026

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Hierbei geht den Grünen laut Frau Moser nicht um lang- und mittelfristige Projekte, sondern um schnell umzusetzende einfache Maßnahmen. Dass sie in diesem Zusammenhang einmal Angela Merkel zitieren würde, hätte sie vor einigen Jahren auch noch nicht gedacht.

Die Beantwortung erfolgt durch Herrn Ritter (Klimaschutzmanagement).

zu Frage 1) *Insbesondere bitten wir um die Vorlage einer tabellarischen Übersicht, aus der für jede der als kurzfristig, unmittelbar oder unverzüglich eingestuften Maßnahmen hervorgeht: aktueller Bearbeitungsstand, Datum Beginn / Umsetzung, federführender Fachbereich, Ergebnisse, Zeitplan, Gründe für nicht erfolgte Umsetzung*

Neben den kurz vorgestellten Projekten im TOP 2, die schon einige der genannten Felder betreffen, laufen natürlich weitere Maßnahmen in den einzelnen Fachbereichen. Eine tabellarische Auflistung im gewünschten Detailgrad (23 Themenfelder mit 233 möglichen Untermaßnahmen laut der Anlage zur Anfrage) war aufgrund zeitlicher und personeller Ressourcen für die heutige Sitzung nicht möglich. Das Klimaschutzmanagement arbeitet zurzeit an der Einführung eines Klimaschutz-Maßnahmen-Controlling Tools, mit Hilfe dessen die Nachverfolgbarkeit und Nachsteuerung der Maßnahmen vereinfacht wird. Sobald diese Einführung entsprechend fortgeschritten ist, können wir Ihnen die angefragten Informationen zur Verfügung stellen.

zu Frage 2) *Darüber hinaus bitten wir um Auskunft, ob für einzelne kommunale Einrichtungen – insbesondere Schulen, Kindertagesstätten, Senioreneinrichtungen – bereits standortbezogene Klimaanpassungs- oder Hitzeschutzkonzepte erstellt, beauftragt oder geplant wurden.*

Es gibt keine Klimaanpassungs- oder Hitzeschutzkonzepte für kommunale Einrichtungen. Die in Punkt 2 genannten Maßnahmen werden von allen beteiligten Abteilungen mitgedacht und sind bei Neubauten auch bereits Forderungen, die in unterschiedlichen Satzungen, wie zum Beispiel der Grünflächensatzung, festgelegt sind.

Bei großer Hitze draußen ist ein Aufenthalt dort nicht besser als drinnen, es finden stadtinterne Diskussionen über Verbesserungen statt.

Gegenstand: **Verpackungssteuer;**
 Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.06.2026
 Vorlage: 0791/2026

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

In der Begründung führt Herr Utz aus, dass überall Verpackungen von Einwegverpflegung wild entsorgt werden. Tenor müsse aber Müllvermeidung statt Müllentsorgung sein, denn für diese Müllentsorgung zahlen alle. Die Verpackungssteuer hingegen funktioniert nach dem Verursacherprinzip. Betriebe die auf Einweg verzichten, haben auch keinen Aufwand mit der Steuer. Tübingen und Freiburg berichten von deutlich weniger öffentlichem Abfall. Es gibt auch in Speyer bereits zwei Geschäfte, die auf Einwegverpackungen verzichten, den Kaufladen und den Speierling-Hofladen.

Die Beantwortung erfolgt durch Herrn Schmitt (Stadtkämmerei):

zu Frage 1) Wurden die relevanten Verpackungseinheiten ermittelt?

Die relevanten Verpackungseinheiten wurden auf Grundlage eines Vergleichs mit dem Tübinger Modell der Verpackungssteuer abgeleitet. Demnach könnten insbesondere Einwegbecher (z. B. Kaffee-, Softdrink- und Smoothiebecher), Einwegdeckel, Essensschalen, Menü- und Burgerboxen, Pizzakartons, Pommes Schalen sowie Einwegbesteck, Einwegstrohhalm und Rührstäbchen als steuerpflichtige Verpackungseinheiten in Betracht kommen. Die konkrete Steuerpflicht einzelner Verpackungen wäre im Rahmen einer kommunalen Satzung abschließend festzulegen.

zu Frage 2) Wurden die Kosten der Verwaltung für den laufenden Betrieb der Verpackungssteuer ermittelt? Bitte stellen Sie die ermittelten Zahlen vor.

Die Einführung einer Verpackungssteuer wäre voraussichtlich mit einem nicht unerheblichen dauerhaften Verwaltungsaufwand verbunden. Neben einmaligen Einführungskosten wären für die Erfassung der steuerpflichtigen Betriebe, die Veranlagung, Bescheiderstellung, Kontrolle und Bearbeitung von Rechtsbehelfen zusätzliche personelle Ressourcen erforderlich. Für Speyer erscheint hierfür ein laufender Personalbedarf von etwa 0,5 bis 1,5 Vollzeitstellen realistisch. Unter Berücksichtigung von Personal-, Sach- und Gemeinkosten ergeben sich hierfür laufende jährliche Verwaltungskosten in einer Größenordnung von rund 55.000 bis 115.000 Euro. Die tatsächlichen Kosten werden im Rahmen einer vertieften Prüfung ermittelt und den zu erwartenden Steuererträgen gegenüberzustellen.

Die Steuerabteilung plant weiterhin, die Ergebnisse der Prüfung im Laufe des zweiten Halbjahres in Form einer Beschlussvorlage vorzulegen. Wie in der letzten Sitzung der AG Strategische Steuerung im Herbst 2025 abgestimmt, wurde für die Bearbeitung der Prüfaufträge zur Einführung neuer Abgabearten eine Priorisierung festgelegt.

Derzeit werden die Steuererklärungen zur Zweitwohnungssteuer bearbeitet und im Anschluss veranlagt. Parallel dazu wird die Einführung der Grundsteuer C in Zusammenarbeit mit FB 5 geprüft. Darüber hinaus wird gemeinsam mit der Tourist-Info eine Beschlussvorlage zur möglichen Einführung einer Bettensteuer erarbeitet.

Entsprechend der in der AG getroffenen Priorisierung wird anschließend die Prüfung der Einführung einer Verpackungssteuer fortgeführt.

zu Frage 3) Sind pessimistisch gerechnete 100.000 € als Überschuss nicht lohnend?

Ein möglicher finanzieller Überschuss aus der Erhebung einer Verpackungssteuer wäre grundsätzlich zu begrüßen. Dem gegenüber steht jedoch ein erheblicher Verwaltungs- und Vollzugsaufwand. Sowohl die Einführung als auch die laufende Umsetzung der Steuer würden zusätzliche personelle und organisatorische Ressourcen auf Seiten der Stadtverwaltung erfordern. Insbesondere die Erfassung, Kontrolle und Abrechnung der steuerpflichtigen Verpackungseinheiten wären mit einem hohen formalen Aufwand verbunden.

Darüber hinaus würde die Verpackungssteuer auch für die betroffenen Betriebe einen erheblichen bürokratischen Mehraufwand verursachen. Unternehmen müssten steuerpflichtige Verpackungen identifizieren, dokumentieren, abrechnen und die entsprechenden Nachweise vorhalten. Dies betrifft insbesondere Gastronomie-, Imbiss- und Einzelhandelsbetriebe. Bei der Bewertung einer möglichen Einführung der Verpackungssteuer sollten daher neben den potenziellen Mehreinnahmen auch die administrativen Belastungen für Verwaltung und Wirtschaft angemessen berücksichtigt werden. Eine abschließende Empfehlung der Verwaltung kann deshalb erst nach Vorliegen der Prüfergebnisse ausgesprochen werden.

Gegenstand: **Russenweiher;**
 Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.06.2026
 Vorlage: 0792/2026

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

In der Begründung führt Frau Moser aus, die technische Belüftung nicht die alleinige Lösung des Problems. Die Grünen betrachten das Projekt nicht als abgeschlossen.

Die Beantwortung erfolgt durch Frau Beigeordnete Münch-Weinmann.

In der kommenden Sitzung des Ausschusses für Stadtklima, Umwelt und Nachhaltigkeit, am Dienstag, dem 23. Juni 2026, ist ein Sachstandsbericht zum Thema Russenweiher geplant. Deshalb soll hier lediglich eine kurze Beantwortung der Fragen vorgenommen werden. Ansonsten wird die Anfrage im dafür zuständigen Gremium behandelt.

zu Frage 1) Welche Maßnahmen aus dem bereits vorgestellten Maßnahmenkatalog (0393/2025) wurden bereits umgesetzt und wie ist der jeweilige Stand aller Maßnahmen?

Dazu wird stets im ASUN berichtet, zuletzt in der Sitzung im März und demnächst im Juni. Es sei auf die Niederschrift des TOP 05 des ASUN im März 2026 zu dem Thema verwiesen.

Drausy-System:

Am 27. November 2025 wurde das Drausy-System im Russenweiher verlegt. Von den Anglerfreunden wurden bereits zwei Sauerstoffmessungen durchgeführt. Die erste Messung fand kurz nach der Verlegung der Schläuche am 23. Dezember 2025 statt, die zweite Messung erfolgte am 23. Februar 2026 und dann monatlich. Die Werte scheinen im grünen Bereich zu sein, stets rund um 100% Sättigung.

Fischbesatz:

Die Anglerfreunde haben den Wunsch eines zeitnahen Fischbesatzes mit ca. 200 kg Rotaugen und 200 kg Rotfedern geäußert. Die Verwaltung sieht dieses Ansinnen allerdings kritisch.

Die Besatzwünsche der Anglerfreunde sind nachvollziehbar, sollten aber zeitlich gesehen, erst nach der Etablierung eines für im Gewässer lebende Fische angemessenen Sauerstoffgehaltes vorgenommen werden. Es stellt sich die Frage, ob der Sauerstoffgehalt im Gewässer mit 100% Sättigung momentan, schon als „etabliert“ bezeichnet werden kann. Die kritische Zeit mit höheren Wassertemperaturen steht noch bevor.

Schilfrückschnitt:

Das Zeitfenster für den von den Anglerfreunden im Frühjahr ursprünglich beabsichtigen Schilfrückschnitt ist geschlossen. Gemäß §39 Abs. 5 Satz 3 ist es verboten „Röhrichte in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September zurückzuschneiden; außerhalb dieser Zeiten dürfen Röhrichte nur in Abschnitten zurückgeschnitten werden“. Der Rückschnitt kann also erst ab 1. Oktober 2026 in Angriff genommen werden.

Uferabriss:

Laut Rückmeldung von 550, der Grünflächenabteilung, ist die Vermessung des Uferabriss erfolgt (Geländehöhen). Ein Gutachterbüro hat eine artenschutzrechtliche Potentialanalyse erstellt, die Ausschreibung der Entwurfsplanung für die Sanierung ist erfolgt und die Ausschreibung einer artenschutzrechtlichen Untersuchung ist geplant.

zu Frage 2) Inwieweit wurde der Ist-Zustand entsprechend des o. g. Antrages dokumentiert?

Momentan ist der Zustand lediglich durch die Sauerstoffmessungen dokumentiert. Die Stadt bzw. die Anglerfreunde stehen über einen Limnologen mit der Firma Drausy in Kontakt. Im April und Anfang Mai wurde der Wasserkörper beprobt. Chemische und mikrobiologische DNA-Untersuchungen wurden durchgeführt, um die Entwicklung des Gewässers zu bewerten. Die Ergebnisse sind für die KW 24/25 angekündigt. Die Abteilung Umwelt, Forsten, Nachhaltigkeit und Klimaschutz steht in ständigem Austausch mit dem Vorsitzenden der Anglerfreunde. Des Weiteren gibt es den Runden Tisch „Angelfischerei“, zuletzt am 2. Juni zusammen mit der Oberen Fischereibehörde bei der SGD Süd.

zu Frage 3) Bis wann ist mit der Erstellung eines langfristigen Pflege- und Entwicklungskonzeptes zu rechnen (entsprechend o.g. Antrag)?

Ein Termin kann hierzu noch nicht genannt werden.

zu Frage 4) Wie fiel das Ergebnis zur Bewertung der Klimarelevanz des Gewässers aus?

Hier liegt eine Kurzanalyse von FB 5 - Strategische Stadtentwicklung und Zukunftsfragen vor, welche die mikroklimatische Funktion des Russenweiher beleuchtet.

zu Frage 5) Wurde wie von uns vorgeschlagen auf die Aktion Blau des Landes Rheinland-Pfalz zurückgegriffen und wenn ja mit welchem Ergebnis und in welchem Umfang?

Da der Russenweiher schon in 2018 über die Aktion Blau gefördert worden ist, wird derzeit noch recherchiert, ob eine Zweitförderung/Anschlussförderung möglich ist.

In der Nachfrage mahnt Frau Moser ökologische Maßnahmen zur Stabilisierung des Gewässers über ein ökologisches Gutachten an.

Gegenstand: "Speyer pflastert ab" - Entsiegelung und Begrünung fördern;
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.06.2026
Vorlage: 0793/2026

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

In der Begründung führt Frau Moser aus, es sollte nicht über Verbote, sondern durch Unterstützung und Motivation eine Veränderung herbeigeführt werden.

Im Entsiegelungskonzept der Stadt Speyer von 1993 hat sie nachgelesen, dass viele Themen immer noch diskutiert werden, während andere Städte das bereits vorleben.

Frau Dr. Montero Muth fragt nach, ob Grünerhaltung im Digitalen Zwilling bei hoher Hitzebelastung herangezogen werden kann. Die Vorsitzende weist darauf hin, dass für alle neuen Maßnahmen die Begrünungssatzung gilt.

Herr C. Ableiter unterstützt den Antrag. Man muss mit den Leuten ins Gespräch kommen. Bei den Verwaltungsmitarbeitern sollte das Fachwissen dazu eigentlich vorhanden sein, aber die Stadt gibt ein schlechtes Beispiel mit den abscheulichen Schotterkreisel in der Austraße ab. Zudem überprüft die Stadtverwaltung bei der Bauabnahme ihre eigenen Vorgaben nicht, so gebe es am Ende des Wildentenwegs Villen voller nagelneuer Schottergärten mit Duldung der Stadt. Eigentlich müsste die Stadt gegen sich selbst vorgehen. Die Verlautbarungen des Herrn Ableiter werden durch gebetsmühlenartige Wiederholungen nicht besser, so die Vorsitzende.

Frau Dr. Mang-Schäfer fragt nach, was jetzt eigentlich gemacht werden soll. Es handelt sich offenbar um einen Wettbewerb bundesweit, bei dem Bilder vor/nach Entsiegelung hochgeladen werden können. Daraus entsteht ein Ranking, das Sieger kürt, wie beim Stadtradeln. Das kann die SWG unterstützen. Alles andere aus dem Antrag ist ihr nicht so klar.

Die Linke unterstützt durch Herrn Popescu den Antrag, Bürgerinnen und Bürger bei der Entsiegelung zu begleiten.

Die CDU steht dem Antrag laut Herrn Hoffmann positiv gegenüber, da er auf Freiwilligkeit basiert. Die Stadt muss mit gutem Beispiel vorangehen; einiges Positive ist ja auch schon passiert. Man sollte das Thema im ASUN vertiefen und im Ausschuss auch über die Wirkung der Begrünungssatzung berichten.

Herr Haupt begrüßt den Antrag, der exakt in die Richtung eines abgelehnten AfD-Antrags aus der letzten Wahlperiode geht. Er mahnt einen anderen Umgang miteinander im Rat an.

Frau Keller-Mehlem hat genau dazu einen TV-Bericht gesehen. Sie regt an, den Bogen etwas weiter zu spannen und auch Schülerinnen und Schüler zu motivieren. Die Schulhöfe der Doppelgymnasien, Woogbachschule und des Niki wurden ja bereits entsiegelt.

Wichtig ist laut Herrn F. Ableiter, private Grundstückseigentümer abzuholen. Auf 200 Reihenhäuser in Speyer-Nord kommen gerade 3 öffentliche Parkplätze in der Spielstraße; daher pflastern die Bewohner die Vorgärten als Parkplatz. Es sollte Parkerleichterungen über Nacht geben. Kritisiert wird auch die Rückschnittforderung von Büschen auf der Grundstücksgrenze. Im ganzen Bereich gebe es einen Baum an der Sprunghilfe über die Straße, sonst ist alles geschottert.

Frau Moser erläutert, die Idee kommt aus den Niederlanden. Dort ist das durchaus ein sportlicher Wettbewerb unter den Städten. Bezüglich der Kreisel in der Austraße stellt sie fachlich fest, dass Schotter auch Mulchfunktion haben kann, insbesondere bei Pflanzen, die an extreme Trockenstandorte angepasst sind. Die Abstimmung soll nicht in den Ausschuss verwiesen werden.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine kommunale Initiative „Speyer pflastert ab“ zur Entsiegelung und Begrünung privater Flächen zu entwickeln und umzusetzen. Hierzu sollen insbesondere eine Informations- und Mitmachplattform auf [speyer.de](https://www.speyer.de), ein jährlicher Wettbewerb beziehungsweise eine Mitmachkampagne sowie konkrete Unterstützungsangebote für Bürgerinnen und Bürger geprüft und eingerichtet werden.

Darüber hinaus soll geprüft werden, wie die Initiative in bestehende Maßnahmen zur Klimaanpassung, Starkregenvorsorge, Biodiversitätsförderung und nachhaltigen Stadtentwicklung integriert werden kann.

Gegenstand: **Sicherung und Erhalt des bestehenden Baumbestandes sowie Vergrößerung von Baumscheiben bei Baumaßnahmen;**
 Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.06.2026
 Vorlage: 0794/2026

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

In der Begründung führt Frau Moser aus, die Wurzelfläche entspricht in etwa dem Kronenbereich. Daher stehen Stadtbäume in der Regel massiv unter Druck. Nach Schätzungen der Deutschen Umwelthilfe sind bisher rund 1 Mio. alte Bäume im Bundesgebiet verloren gegangen. 1 alter Baum entspricht ökologisch dem Gegenwert von 400 Neupflanzungen.

Frau Dr. Mang-Schäfer findet die Idee an sich gut. Sie ist eigentlich Praxis der Verwaltung. Punkt 3 des Beschlussvorschlags geht die SWG mit, Punkt 1 + 2 nicht. Sie kritisiert Mehrfachbeschlüsse und beantragt getrennte Abstimmung.

Die CDU kann laut Herrn Hoffmann dem Antrag zustimmen. Er entspricht einem Antrag der CDU zu Wurzelkammersystemen, der bereits 2016 einstimmig beschlossen wurde; er hätte dazu eine Nachfrage, wie viele solche Systeme schon eingesetzt wurden.

Die FWS stimmen durch Herrn C. Ableiter gerne zu. Er dachte, das wäre schon beschlossen. Die Verwaltung legt das für sich aber offenbar anders aus.

Frau Dr. Montero Muth möchte will den ersten Punkt gerne erweitern; es sollten auch die Versorger in mit dazu genommen werden, die Tiefbauarbeiten durchführen.

Auch die Linke signalisiert durch Herrn Popescu Zustimmung.

Es überlappen sich immer wieder viele Beschlusspunkte, so die Vorsitzende. Letztendlich obliegt es der antragstellenden Fraktion, den Antrag aufrecht zu erhalten.

Der Antrag der SWG auf getrennte Abstimmung erhält mit 1 Ja-Stimme, bei 4 Enthaltungen, nicht die erforderliche Mehrheit und wird abgelehnt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 3 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen):

1. Bei allen Straßen-, Tiefbau-, Leitungs- und Umgestaltungsmaßnahmen im öffentlichen Raum ist zu prüfen, ob bestehende Baumscheiben vergrößert und die Standortbedingungen für vorhandene Bäume verbessert werden können. Dies betrifft auch Arbeiten von Versorgungs- und Telekommunikationsunternehmen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei Baumaßnahmen in der Nähe von Bestandsbäumen Synergieeffekte zu nutzen und Maßnahmen zur Verbesserung der Wurzelräume, des Baums substrats, der Wasserversorgung sowie der Baumscheiben in die Planung einzubeziehen.
3. Dem Stadtrat ist regelmäßig (jährlich) über Maßnahmen zur Bestandserhaltung und zur Verbesserung von Baumstandorten zu berichten.

Gegenstand: Erstellung eines Konzepts für Baumneupflanzungen zur Sicherstellung der Fertigstellungs- und Entwicklungspflege;
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.06.2026
Vorlage: 0795/2026

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Begründung erfolgt durch Herrn Utz. Bäume in Neuanpflanzungen brauchen mehr als 100 Liter Wasser pro Woche, was besondere Maßnahmen erforderlich macht, um ihr Überleben zu sichern.

Frau Holzhäuser kritisiert seitens der CDU schon wieder ein neues Konzept. Die antragstellende Fraktion sollte nochmals darüber nachdenken

Herr F. Ableiter stellt fest, dass junge Bäume oft während großer Hitzeperioden gepflanzt werden. Er erinnert an einen Aufruf des früheren OB Schineller, Stadtbäume durch die Nachbarschaft zu gießen.

Eine Art Klimawandel findet laut Herrn C. Ableiter statt. Heute stirbt ein deutlich größerer Anteil von Pflanzbäumen ab wie früher. Er hält seitens der FWS zweimal die Woche gießen für zwei ganze Sommer erforderlich; dies sei anspruchsvoll, aber machbar.

Frau Dr. Mang-Schäfer hält es für ausreichend, die Arbeitsanweisung bei Stadtgrün zu verbessern. Sie beantragt für die SWG eine Verweisung in den ASUN, damit Stadtgrün dort sein bisheriges Konzept vorstellen kann.

Herr Hopp hält es für erforderlich, das ganze Thema in ein Paket zu schnüren und gesamt darüber abzustimmen.

Nach Auffassung von Frau Moser ist das schon ein etablierter Arbeitsbegriff, allerdings sind immer wieder zu kleine Baumscheiben zu beobachten. Es soll über den Antrag abgestimmt werden.

Frau Montero Muth erkundigt sich nach dem Investitionsbedarf für Fahrzeuge zum Gießen. Das Equipment ist laut Vorsitzender vorhanden, benötigt werde aber das Personal dafür sowie eine Wertschätzung für die städtischen Mitarbeiter. Durch einige Ratsmitglieder werde der Eindruck vermittelt, als würde sich Stadtgrün gar nicht um die Stadtbäume kümmern. Manche früher ausgewählte Baumarten wachsen leider nicht größer. In manchen Städten spielt auch das Thema Wasserknappheit bei Hitze dabei eine Rolle.

Die Linke wird den Antrag unterstützen, so Frau Faust. Kein einziger Baum für städtisches Umfeld steht wirklich umweltgerecht. Man muss ein Raster generalstabsmäßig auflegen.

Für Frau Keller-Mehlem ist das eine Frage der Prioritäten. Die Verwaltung macht aus Sicht von UfS schon viel, das muss vielleicht sichtbarer werden. Sie regt ein Planungstool zur Reflexion an.

Der Verweisungsantrag der SWG erhält mit 6 Stimmen nicht die erforderliche Mehrheit und wird abgelehnt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 3 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen):

Die Verwaltung wird beauftragt, ein verbindliches Konzept für Baumneupflanzungen im Stadtgebiet zu erarbeiten und dem zuständigen Gremium zur Beschlussfassung vorzulegen.

Das Konzept soll insbesondere folgende Mindeststandards enthalten:

1. Sicherstellung der Fertigstellungs- und Entwicklungspflege

- Für jede Baumneupflanzung ist eine fachgerechte Fertigstellungs- und Entwicklungspflege über einen ausreichenden Zeitraum sicherzustellen.
- Die erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen sind bereits bei der Planung der Pflanzmaßnahme zu berücksichtigen.

2. Mindestanforderungen an Baumstandorte

- Baumneupflanzungen dürfen grundsätzlich nur erfolgen, wenn eine ausreichend große und den Standortbedingungen angepasste Baumscheibe hergestellt werden kann.
- Die Größe der Baumscheibe ist so zu bemessen, dass eine nachhaltige Entwicklung des Baumes gewährleistet wird.

3. Qualitätsanforderungen

- Verwendung eines geeigneten Baumsubstrats entsprechend den aktuellen fachlichen Standards.
- Anlage einer standortgerechten Unterpflanzung zur Verbesserung der Bodenqualität, Förderung der Biodiversität und Reduzierung von Verdunstungsverlusten.
- Sicherstellung ausreichender Wurzelräume sowie einer geeigneten Wasserversorgung.

4. Nachhaltigkeit und Klimaanpassung

- Auswahl klimaresilienter und standortgerechter Baumarten.
- Berücksichtigung der Funktionen von Stadtbäumen für Klimaschutz, Hitzeminderung, Wasserrückhalt und Artenvielfalt.

Gegenstand: **Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität;**
 Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.06.2026
 Vorlage: 0796/2026

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Den Grünen geht es laut Frau Dreyer um eine umweltgerechte Zuteilung des Sondervermögens, nicht um eine Anklage an die Verwaltung oder eine Depriorisierung anderer Projekte.

Die Vorsitzende bittet darum, den Antrag nicht zur Abstimmung zu bringen und abzusetzen. Die Liste der Stadt ist bereits fertig und wird am 18.06. im Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss vorgestellt, weil eine Antragstellung bis August erforderlich ist; dabei müssen keine konkreten Projekte benannt werden. Die antragstellende Fraktion ist mit einer Absetzung einverstanden, es findet keine Aussprache darüber statt.

Gegenstand: **Anschaffung mobiler POP-UP-Sonnensegel für den städtischen Bestand;**
 Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.06.2026
 Vorlage: 0797/2026

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

In der Begründung sieht Frau Dreyer vielfältige Einsatzmöglichkeiten, die durch ein niederschwelliges Angebot realisiert werden sollten.

Laut Vorsitzender ist es nicht möglich, eine solche Anschaffung über das Sondervermögen abzubilden; dies setzt eine Mindestinvestition von > 250.000 € voraus. Außerdem wird seitens der Verwaltung darum gebeten, den Antrag in einen Prüfauftrag zu modifizieren.

Herr Hopp begrüßt das Vorhaben als stationäre Sicherheitseinrichtungen in Schulen und KiTas, sieht mobile Lösungen aber alleine unter dem Aspekt der Windlast und der sicherheitstechnischen Abnahme sehr kritisch. Als Prüfauftrag kann die CDU den Antrag unterstützen.

Herr C. Ableiter hält für die FWS von diesem Antrag gar nichts. Derartige Segel bedürfen einer massiven Bodenverankerung. Das kann man einem ehrenamtlichen Verein nicht auflasten und muss von einem professionellen Zeltbauer gemacht werden. In KiTa-Einrichtungen sind Beschattungen sinnvoll, diese kann man mit einem neuen OB nächstes Jahr mit Markisen ausstatten. Hier fehlt es an Schatten, da an Toiletten, da sollte man doch ein kleines Paket schnüren können.

Frau Keller-Mehlem versteht das Anliegen, erinnert aber an einen ähnlichen UFS-Prüfantrag, der wegen der entsprechenden Sicherheitsbedenken verworfen wurde. Sie erwartet in diesem Fall kein anderes Ergebnis der Prüfung; dabei sind solche Beschattungen in südlichen Ländern überall zu sehen.

Auch Herr Popescu versteht die Stoßrichtung, sieht aber auch die Haftungsfragen. Einen Prüfantrag würde die Linke positiv abstimmen.

Frau Holzhäuser steht einem Prüfantrag offen gegenüber. Fragen wie Vermietung, Lagerung, Transport, Wartung, Überprüfung bei Rückgabe und die Kosten dafür müssen aber geklärt sein. Sie tendiert eher zu festinstallierten Lösungen, wo Bäume nicht möglich sind.

Frau Dr. Mang-Schäfer kann die Bedenken verstehen, hat dann aber einen Fachmann gefragt. Der Arbeitsaufwand ist ähnlich wie beim Aufbau des Weihnachtsmarktes. An der Schule Nord in Schifferstadt gibt es eine solche Lösung. Bei einem Prüfantrag schlägt die SWG vor, da mal nachzufragen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme):

Die Verwaltung wird beauftragt, die Anschaffung von Modulen mobiler POP-UP-Sonnensegel für den städtischen Bestand im Wert von ca. 30.000 € zu prüfen.

Die Sonnensegel könnten insbesondere auf Spielplätzen, Schulhöfen, öffentlichen Plätzen, bei städtischen Veranstaltungen sowie an weiteren hitzebelasteten Orten flexibel eingesetzt werden, um dort die Aufenthaltsqualität zu verbessern.

Zum Umfang der Prüfung gehört auch die Identifizierung geeigneter Standorte sowie ein Ausleih- und Einsatzkonzept, das eine bedarfsgerechte Nutzung durch städtische Einrichtungen und Veranstaltungen ermöglicht.

Gegenstand: **Umbesetzung von Ausschüssen**
Vorlage: 0808/2026

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Umbesetzungen:

1. Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Gremium	Mitglied:	Stellvertretung:
Ausschuss für Stadtklima, Umwelt und Nachhaltigkeit (05.):	<i>unverändert</i> (Axel Utz)	neu: Hazen Alali Stübergasse 2 für: Matthias Schmauder-Werner

3. Auf Vorschlag der SWG-Stadtratsfraktion:

Gremium	Mitglied:	Stellvertretung:
Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss (13.):	neu: Andreas Wittmer Maximilianstraße 38 für: Dr. Sarah Mang-Schäfer	<i>unverändert</i> (Marc Vidmayer)

22. Sitzung des Stadtrates - Sondersitzung Klimaschutz der Stadt Speyer am 11.06.2026

22. Sitzung des Stadtrates - Sondersitzung Klimaschutz 11.06.2026 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!